

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 2,40 M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Sed'sche Buchdruckerei
Otto Sed.

Inserate: Kleine Beilage 20 Pfg.
Herrn: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 15.

Freitag, den 18. Januar 1918.

75. Jahrgang.

Die erste Senferschüre.

Die Winterpause bis zum Beginn der Entscheidungskämpfe auf den Schlachtfeldern will man in Frankreich mit einem neuen Zeitungsskandal ausfüllen. Das Volk muß ja beschäftigt, es muß unterhalten werden, sonst könnte es nachdenklich werden und an der glorreichen Führung der Herren Boicore und Genossen, die es durchs ganze Jahr blutigen bringen wollen, allerlei aussetzen finden. Und Herr Clemenceau versteht sich auf das Geschäft. Das kennt man schon von früher her. Der Skandal ist sein Lebenselement, ob er nun auf dem Redaktions- oder auf dem Ministerstuhl sitzt. Und mit Kleinigkeiten pflegt er sich nicht abzugeben; es muß schon zu Buch schlagen, was er unternimmt, denn umsonst zu arbeiten das überläßt er den armen Teufeln von Journalisten und Staatsmännern, die heute kommen und morgen gehen, ohne daß ein Zahn nach ihnen kräht.

Also ist der frühere Finanzminister und Ministerpräsident Caillaux ins Gefängnis geschleppt worden. Die Kammer hat ihn der Justiz preisgegeben, er selbst hat darum, nachdem einmal die Anklage gegen ihn erhoben worden war, und nun wird zunächst darüber entschieden, ob er dem Militärgericht oder dem Staatsgerichtshof überwiesen werden soll. Seine stärkste Rechtfertigung vor der Öffentlichkeit bestand darin, daß er der Regierung vorhalten konnte, sie habe sich lediglich auf „alle Kamellen“, die schon dem Ministerpräsidenten Briand in die Hand gesteckt worden waren, ohne daß er inbunde gewesen wäre, etwas gegen ihn zu veranlassen. Herr Clemenceau wußte darauf nichts rechtes zu erwidern. Jetzt aber hat er plötzlich die neuen Tatsachen ermittelt, deren er bedurfte, um das Fallbeil endlich herunterfallen zu lassen. In dem Geheimfach einer Florentiner Bank sollen geheime Aufzeichnungen aus der Zeit des — Agadirkonfliktes entdeckt worden sein, die seinen anderen als Herrn Caillaux zum Urheber haben und seine schwarze Seele rettungslos bloßstellen sollen. Man weiß zwar nicht recht, damals lebte Frankreich ja noch nicht im Kriege mit uns, von Hochverrat konnte also wohl nicht gut die Rede sein, wenn jemand es für nützlich gehalten haben sollte, seinem Lande den Frieden zu erhalten. Aber Herr Clemenceau weiß aus jeder Wunde Honig zu saugen; die Hauptsache ist, daß die Phantasie der Menge erregt wird; geheime Redereien mit den Männern des Kaisers, ein Geheimfach in einer ausländischen Bank, das sind gewiss höchst verdächtige Umstände, und es ist nicht mehr als recht und billig, wenn die Regierung angreift. Aber noch mehr: außer den besagten Aufzeichnungen sind auch Wertpapiere in Florenz gefunden worden, deren rechtmäßigen Erwerb Herr Caillaux erst nachzuweisen haben wird. Man denke: im Juli 1914 hat er sein Vermögen auf etwas über eine Million Frank beziffert, und jetzt, 3½ Jahre später stellt sich heraus, daß der Mann inzwischen nicht ärmer, sondern reicher geworden ist! Wenn das nicht durchschlägt, dann läßt sich überhaupt kein Schuldbeweis mehr führen. Allerdings, es sind während des Krieges und zum Teil auch durch den Krieg noch andere Leute reich geworden; Herr Clemenceau dürfte davon schon einmal gehört haben. Auch daß sie ihre Schätze in ausländischen Banken in Sicherheit bringen, und sei es nur um sie den neugierigen Blicken der heimischen Steuerbehörden zu entziehen, ist eine Erfahrung, die nicht gerade den Reiz der Neuheit besitzt. Aber was hilft's, die Regierung braucht Belastungsmaterial, wenn der Skandal, auf den es ihr ankommt, nicht schon im Entstehen in sich zusammenfallen soll. Und überdies: Das Schicksal in Florenz ging auf einen falschen Namen, auf einen gewissen Renouard — wenn das kein Schuldbeweis sein sollte, dann würde Herr Clemenceau die Welt nicht mehr verstehen. Nun, es gibt noch Richter in Frankreich, und die werden die Ehre der Justiz zu wahren haben. Als unbeteiligte Zuschauer können wir mit rein menschlichem Interesse zusehen, wie es der schon so oft mißhandelten Dame Gerechtigkeit diesmal in der Republik ergehen wird.

Aber davon wollen wir doch noch rechtzeitig Kenntnis nehmen, daß man in Frankreich selbst schon die Einleitung dieses Prozesses mit schweren Bestimmungen aufgenommen hat. In dem Kammerauschuß, der über die Aufhebung der Unverletzlichkeit gegen Caillaux zu beschließen hatte, erhob sich der sozialistische Abgeordnete Laurent und redete dem Ministerpräsidenten wie folgt ins Gewissen:

... Herr Ministerpräsident, Sie verstehen unsere Benennung. Man hat soeben auf ähnliche Fälle aus Friedenszeiten angespielt, aber heute sind wir im Krieg. Bedenken Sie unsere Lage! Wir sind ein Volk, das eine schwere Verantwortung auf sich zu nehmen haben. Wir werden der gerichtlichen Verfolgung gegen jede Verleumdung, die durch ihre Worte irgend welche Empfindlichkeit verletzt hat, Tür und Tor öffnen. Die Menge ist schon vorbereitet, Vindicten zu verlangen. Das Publikum ist auf Ihrer Seite. Es fordert von Ihnen den Kopf der Herren Caillaux, Roussiaux und vieler anderer. Nehmen Sie sich in acht! Ich versichere Sie, daß die öffentliche Meinung mit Ihnen ist und diese Exekution verlangt. Sie wird noch andere von Ihnen verlangen, denn da gibt es keine Grenze. Wir treten in eine Periode ein, die geeignet ist, uns zu beunruhigen. Wir werden mit einem Sabotismus milderer Art anfangen, aber nach dem Urteil gegen Caillaux werden andere an die Reihe kommen. Bald werden Sie, Herr Clemenceau, vielleicht nicht mehr am Ruder sein und dann wird man gegen Sie die gleiche Forderung stellen. Man hat dem Kriegsgericht einen Mann (Dreyfus) ausgeliefert, der unschuldig war und Sie selbst sind für ihn eingetreten. Er war unschuldig und die Kriegsgerichte haben ihn gleichwohl verurteilt. Wenn wir jetzt auf Grund des einfachen Gewissens, das uns mitgeteilt wurde, Caillaux und Roussiaux irgendwelchen Kriegsgerichten ausliefern, so wissen Sie so gut wie ich, welches ihr Urteil sein wird. Unglücklicherweise sehe ich, daß Frankreich nicht mehr dem Krieg lebt, es lebt nur noch den Skandalen. Man verlangt

die Exekution von dem und jenem, weil man mit Recht oder Unrecht aus allen die Verantwortung des Krieges zuschiebt. Wir sind es, gegen die das Volk sich richtet, das mit Vergnügen die Hinrichtung einiger von uns sehen würde. Deshalb möchte ich alle möglichen Garantien, bevor mit der ersten Senferschüre begonnen wird...

Die Senferschüre ist bereitgestellt, aber Garantien braucht Herr Clemenceau nicht. Die demokratische Republik muß auch ohne sie auskommen. Mit solchen Kleinigkeiten pflegt man sich nur in den „despotisch“ regierten deutschen Reich aufzuhalten.

Neue Anklagen gegen Caillaux.

Wie Pariser Blätter berichten, soll Caillaux bereits auf seiner Reise nach Argentinien, die er 1915 im Auftrage des damaligen Ministerpräsidenten Viviani unternahm, auf eine Verständigung mit Deutschland hingearbeitet haben. Der Beweis soll in einem Telegramm des Grafen Luxemburg gefunden worden sein, dessen Wortlaut dem Pariser Untersuchungsgericht kürzlich von der Regierung der Vereinigten Staaten zugestellt worden sein soll. — In der französischen Kammer wird ein sozialistischer Abgeordneter darauf hin, daß gewisse Untersuchungen in Italien nicht in Abereinstimmung mit dem geltenden Recht stattgefunden hätten. Eine Formalität sei unbeachtet gelassen worden, nämlich die Anwesenheit des Angeklagten. Dieser könne darum die Gerechtigkeit des ihm angelasteten belastenden aufgefundenen Schriftstückes bestreiten. Ministerpräsident Clemenceau rechtfertigte das Vorgehen der Behörden, worauf der Regierung mit 369 gegen 106 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen wurde.

Caillaux kommt vor ein Kriegsgericht.

Genf, 17. Jan. „Corriere della Sera“ meldet aus Paris, daß sich das Militärgericht im Strafverfahren wider Caillaux bereits vor acht Tagen als zuständig erklärt hat. Caillaux hat gegen den Dispositiv des Untersuchungsrichters Beschwerde eingelegt.

Kurland, Litauen und Polen.

Weiterverhandlung in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 16. Januar.

Bur Behandlung der Gebietsfragen hielt gestern die aus deutschen, österreichisch-ungarischen und russischen Vertretern zusammengesetzte Kommission ihre vierte Sitzung ab. Staatssekretär v. Kühlmann teilte bei der Eröffnung mit, die verbündeten Regierungen seien zu dem Entschluß gekommen, die bestimmten Vorschläge der russischen Abordnung gleichfalls in bestimmter Fassung mündlich zu beantworten. Gegenüber dieser Art der Verhandlung halte er es aber für die Zukunft für besser, die Angelegenheiten durchzusprechen und nachher auf jeder Seite einen Herrn mit der Abfassung des Ergebnisses zu beauftragen.

Die Antwort der Mittelmächte.

Die nunmehr vorlesen wird, stellt fest, daß die Vorschläge der russischen Abordnung über die Entwicklung der Dinge in den von den Mittelmächten besetzten Gebieten Rußlands demnach von den Ansichten der verbündeten Mächte abweichen, daß diese russischen Vorschläge als unannehmbar bezeichnet werden müssen. Die russischen Vorschläge tragen nicht den Charakter des von den Mittelmächten angestrebten Vergleiches, sondern stellen sich vielmehr als einseitige russische Forderung dar. Die österreichisch-ungarische und die deutsche Abordnung wollen aber nochmals ihre Anschauungen über die schwebenden Fragen klar zum Ausdruck bringen, um der angestrebten Übereinstimmung eine Aussicht auf Verwirklichung zu geben.

Bei der Frage nach den gegenwärtig von den Verbündeten besetzten Gebieten wäre zu unterscheiden zwischen folgenden zeitlichen Abschnitten:

1. Der Zeitpunkt zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und der Beendigung der russischen Demobilisierung,
2. Der Zeitpunkt zwischen dem russischen Frieden und dem allgemeinen Frieden,
3. Der Zeitpunkt des Übergangsstadiums für die neuen Völker, und
4. den endgültigen Zeitpunkt, in dem die neuen Staaten die volle Ausgestaltung ihrer Staatsorganisation durchzuführen.

Dabei ist nicht zu vergessen, daß für die Mittelmächte — im Gegensatz zu Rußland — mit dem Abschluß des Friedens mit Rußland kein allgemeiner Friede eintritt. Die Mittelmächte sind gezwungen, den Krieg mit den anderen Gegnern weiterzuführen.

Gegenüber der russischen Regierung erklären die verbündeten Abordnungen aus, daß sie der Anschauung sind, die verfassungsmäßig zuständigen Organe in den neuen Staatsgebilden seien vorläufig als vollkommen befugt anzusehen, den Willen breiter Kreise der Bevölkerung auszusprechen.

Die Abordnungen der Verbündeten erkennen die russische Erklärung an, daß die russische Regierung den in Rede stehenden Gebieten keinerlei Schwierigkeiten bereiten will, und sie in keiner Weise nötigen will, zwangsweise im Rahmen des russischen Reiches zu verbleiben, sondern ihnen volle Freiheit der Selbstbestimmung, der inneren Staatsentwicklung und der internationalen Beziehungen zuerkennen. Es erhebt sich dabei die Frage, mit welchem Rechtsgrund die gegenwärtige russische Regierung ihre Verpflichtung begründet, für die Sicherung der wirklichen

Freiheit der Selbstbestimmung dieser Gebiete bis zum letzten, d. h. unter Umständen bis zur Fortsetzung des Krieges einzutreten. Falls die Bevölkerung der früher zum russischen Kaiserreich gehörigen Gebiete keinerlei Pflichten gegen die nunmehrige russische Republik hat, ist nicht ersichtlich, worauf die russische Republik ihre Rechte und Pflichten gegen diese Bevölkerung gründet. Stellt man sich aber einmal auf den Standpunkt der russischen Abordnung, so sind in der Tat die Angelegenheiten, über die man Einigungsversuche antreiben möchte, die folgenden:

Umfang der Gebiete, politische Voraussetzungen für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts, Übergangsregiment und die Form der Willens-erklärungen.

Zu diesen vier Hauptangelegenheiten wird von der deutschen und österreichisch-ungarischen Abordnung erklärt: Zu Punkt 1. Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht habe Nationen und nicht auch Teile von Nationen zu, entspricht nicht unserer Auffassung des Selbstbestimmungsrechts. Auch Teile von Nationen können Selbständigkeit und Absonderung rechtmäßig beschließen. Es ist hierbei keineswegs angenommen, daß die Okkupationsgrenze für die Abgrenzung dieser Teile maßgebend sein soll. Kurland, Litauen und Polen bilden, auch historisch angesehen, völlige Einheiten.

Deutschland und Österreich-Ungarn haben nicht die Absicht, sich die jetzt von ihnen besetzten Gebiete einzueverern. Sie beabsichtigen nicht, die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, müssen aber sich und den Vätern der besetzten Gebiete für den Abschluß von Verträgen aller Art freie Hand behalten.

Zu Punkt 2. Was die Ausführungen hieran betrifft, so gehen sie an dem grundlegenden Unterschied vorbei, auf den die verbündeten Abordnungen immer wieder hingewiesen haben.

Eine Zurückziehung der Truppe ist, solange der Weltkrieg dauert, unmöglich, jedoch kann angeordnet werden, die Truppen, falls es die militärischen Umstände gestatten, auf diejenige Zahl zurückzuführen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe im Lande unbedingt nötig ist. Die Bildung einer nationalen Gendarmerie kann angeordnet werden.

Was die Rückkehr der Flüchtlinge und der während des Krieges fortgeführten betrifft, so wird wohlwollende Prüfung von Fall zu Fall angelegt. Diese Frage kann, da sie nicht von ausschlaggebender politischer Bedeutung ist, einer besonderen Kommission überwiesen werden.

Zu Punkt 3. Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug und bedarf der weiteren Aufhellung. Es ist aber ohne weiteres zugeben, daß mit der fortschreitenden Annäherung des allgemeinen Friedens den gewählten Vertretern der Bevölkerung des Landes in immer steigendem Umfange die Mitwirkung auch an den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden soll.

Zu Punkt 4. Die verbündeten Abordnungen sind grundsätzlich bereit zuzustimmen, daß eine Volksabstimmung auf breiter Grundlage die Wünsche über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete sanktionieren soll. Eine einseitige Verlegung auf ein Referendum (Gesamtbevölkerung) erscheint unpraktisch.

Auch die Abstimmung einer auf breiter Grundlage gemäßigten und ergänzten repräsentativen Körperschaft würde nach Anschauung der verbündeten Delegationen genügen. Es mag darauf hingewiesen werden, daß auch die von der Regierung der Volkskommission anerkannten Staatenbildungen innerhalb des ehemaligen russischen Kaiserreiches, wie zum Beispiel der Ukraine und Finnlands, nicht im Wege eines Referendums, sondern durch Verträge von auf breiter Grundlage gewählten Nationalversammlungen erfolgten.

Die Grenze des Entgegenkommens.

Nachdem so die Verantwortung im einzelnen genau für jeden Punkt gegeben war, fährt die Erklärung der Mittelmächte fort:

Von dem Wunsche befreit, es neuerdings zu versuchen, zu einer Verständigung mit der russischen Regierung zu gelangen, haben die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns diese weitgehenden Vorschläge gemacht, fügen jedoch gleichzeitig hinzu, daß sie den äußersten Rahmen bilden, innerhalb dessen sie eine friedliche Verständigung noch erhoffen können.

Sie können bei der Entwicklung dieser Grundzüge ebenso von der pflichtgemäßen Absicht durchdrungen, die eigene Wehrfähigkeit nicht schwächen zu lassen, solange der unelige Krieg noch fortgeht, als auch von der Intention einige Völker, die an ihr Gebiet angrenzen, instand zu setzen, endgültig und selbständig über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, ohne dabei in einen Zustand der äußersten Not, des Elends und der Verzweiflung zu geraten. Eine Verständigung zwischen Rußland und den Mittelmächten über diese schwierigen Fragen jedoch ist nur dann möglich, wenn auch Rußland den ernstlichen Willen zeigt, zu einer Vereinbarung gelangen zu wollen, und wenn es anstatt des Versuches, einseitig Diktate aufzustellen, sich bemüht, die Frage auch von der Gegenseite aus zu betrachten und jenen Weg zu finden, der allein zu einem friedlichen Ergebnis führen kann. Nur unter der Voraussetzung solcher Intentionen können die Delegationen der verbündeten Mächte noch an der Hoffnung einer friedlichen Beilegung des Konflikts festhalten.

Eine Rede Trotski.

Der russische Volkskommissar des Äußeren Trotski erklärte zunächst, er hoffe, daß die eben vorlesene Antwort der Zentralmächte jedenfalls die Zweifel über die formalen

Schwierigkeiten beseitigt habe, die für die russische Delegation durch die in der vorigen Sitzung gehaltenen Rede des General Hoffmann entstanden wären. Die russische Delegation sei der Ansicht, daß sie im vorliegenden Falle Verhandlungen mit einer Partei führe, die verweigert werde durch die deutsche Regierung. Trotski wandte sich dann weiter gegen die Äußerungen des General Hoffmann und sagte, daß auch die russische Regierung auf der Macht fuße. Solange die Gesellschaft aus kämpfenden Klassen bestehe, solange werde sich die Macht der Regierung auf Kraft begründen und durch Gewalt ihre Herrschaft behaupten. Er müsse aber auf das Bestimmteste gegen die Behauptung protestieren, daß keine Regierung jeden anders Denkenden für vogelfrei erkläre. Das, was die Regierung anderer Länder bei den Verhandlungen der russischen Regierung abstoße, sei die Richtung, in der sie von ihrer Macht Gebrauch mache und in der sie sich durch nichts beirren lasse. So hätten er und seine Freunde, als die rumänische Regierung versucht habe, auf russischem Gebiete Gewaltmaßnahmen gegen revolutionäre Soldaten und Arbeiter anzuwenden, von hier aus der Botschafter Regierung vorgezogen, den rumänischen Gesandten, sein ganzes Gesandtschaftspersonal und die rumänische Militärmision zu verhaften, und sie hätten die Antwort erhalten, daß dies bereits geschehen sei.

Der Redner meinte weiter, was die von General Hoffmann gegebenen Beispiele betrafte, so charakterisierten sie in keiner Weise die russische Politik. In keiner Weise beschränkte die russische Regierung das Recht der Ukraine auf Selbstbestimmung. In Bezug auf die von den Mittelmächten besetzten Gebiete glaubt der Redner den Schluß ziehen zu können, daß die Entscheidung des Schicksals dieser Gebiete erfolgen solle ohne Rücksicht darauf, ob das eigene Volk bereits im Stande sei, die Entscheidung in die eigene Hand zu nehmen. Bei den weiteren Verhandlungen halte die russische Abordnung es für notwendig, gerade die Punkte in den Vordergrund zu stellen, die den Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten bilden und dies mit aller genügenden Entschlossenheit, weil nur in diesem Falle eine gerechte Lösung gefunden werden könne. Herr Trotski schloß mit der Bemerkung, daß sich die russische Delegation selbstverständlich das Recht vorbehalte, eine genaue Äußerung abzugeben über den Charakter der Erklärungen, die heute verlesen worden seien.

Heerr v. Kühlmanns Erwiderung.

Der Staatssekretär kommt auf die Rede des General Hoffmann zurück und sagt: Die staatsrechtliche Zuständigkeit des Deutschen Reiches hat der Herr Vortræder mit der genauen Kenntnis internationaler Verhältnisse, die er besitzt, vollkommen richtig charakterisiert. Der Herr Reichskanzler, der einzige verantwortliche Reichsminister, erteilt auf dem gesamten Gebiete der auswärtigen Politik die für seine Organe maßgebenden Instruktionen. Abgesehen ist es bei der engen politischen Übereinstimmung, in der ich mich mit dem Herrn General Hoffmann befinde, vollkommen selbstverständlich, daß

keinerlei Zwiespalt zwischen meinen und General Hoffmanns Auffassungen

besteht. Der grundlegende Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der russischen Delegation ist, daß wir im Gegensatz zu ihr auf dem Vorhandensein aufbauen, daß wir ohne Bruch und gewalttätigen Übergang in jenen Gegenden ein geordnetes Staatsleben entstehen lassen wollen, und daß wir es ablehnen, aus reiner Liebesdienerei gegen die Theorie erst einen luftleeren Raum zu schaffen und in einer bisher nicht begangenen Weise in diesem luftleeren Raum den Staat sich bilden zu lassen. Im übrigen nehme ich aber mit Verehrung Kenntnis von den Ausführungen des Herrn Vortræders, daß er und seine Delegation nunmehr gekommen sind, in die wirkliche Diskussion und Klärung der Einzelheiten der uns trennenden Auffassungen einzutreten. Jetzt schlage ich vor, uns an die weitere von der russischen Delegation vorgeschlagene Arbeitsmethode zu halten, um über die vier Punkte, wie sie in unserer Antwort aufgenommen worden sind, nun wirklich in die Detaildiskussion einzutreten. Ich hoffe, daß wir dann in wenigen Tagen so weit sind, mit voller Klarheit und in dem vollen Gefühl der Verantwortlichkeit zu sagen, ob die Schwierigkeiten überwunden werden können oder der hier gemachte Versuch aufgegeben werden muß.

Mittwoch Weiterverhandlung.

Herr Trotski betont, daß er in der Frage der Zurückziehung der Truppen in keiner Weise der Ansicht der deutschen Vorkämpfer beitreten könne, daß angeblich die Entfernung der Besatzungstruppen hinter sich einen leeren Raum zurücklassen würde. Technische Schwierigkeiten könnten auch ohne Besatzungstruppen erledigt werden. Staatssekretär v. Kühlmann weist demgegenüber darauf hin, daß neben den technischen Gründen auch die Gründe der Sicherheit in den betreffenden Gegenden eine sehr gewichtige Rolle spielen. Sodann beantragte Herr v. Kühlmann, nunmehr über die von der russischen Delegation selbst vorgeschlagenen vier Punkte in der von ihr angeregten Ordnung in eine geschäftsmäßige Verhandlung einzutreten. Nachdem sich Herr Trotski diesem Vorschlag angeschlossen hatte, wurde die Sitzung beendet und die nächste Sitzung für Mittwoch anderamnt.

Ein bayerischer Vertreter in Brest-Litowsk.

Um den bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches nach außen zum Ausdruck zu bringen, wird Bayern fortan einen besonderen Vertreter zu den Friedensverhandlungen mit Rußland nach Brest-Litowsk entsenden. Zunächst wird sich der frühere bayerische Ministerpräsident Dr. Graf Bodewitz nach Berlin zu Besprechungen mit dem Auswärtigen Amt und dann nach Brest-Litowsk begeben.

In einigen Punkten Annäherung.

Brest-Litowsk, 16. Januar.

Seit heute werden die geschehen wieder aufgenommenen Verhandlungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der territorialen und politischen Fragen fortgesetzt. Trotz der vorläufig noch starken Abweichungen in den Auffassungen der beiden verhandelnden Parteien konnte in einigen Punkten eine gewisse Annäherung festgestellt werden.

Einigung mit den Ukrainern.

Dank an Staatssekretär v. Kühlmann.

Brest-Litowsk, 17. Januar.

Die Delegationen der vier verbündeten Mächte hielten gestern Vormittag eine vertrauliche Besprechung ab. Staatssekretär v. Kühlmann gab Auskunft über den Stand der Verhandlungen mit der russischen Delegation. Die Vorsitzenden der verbündeten Vertretungen brachten

dem Staatssekretär einmütig ihren Dank und ihre vollste Zustimmung zum Ausdruck. — Im Anschluß daran fand eine vertrauliche Besprechung mit den ukrainischen Delegationen in der Privatwohnung des leicht erkrankten Grafen Czernin statt.

Die 14 Stunden lange Unterredung führte zur Herstellung des grundsätzlichen Einverständnisses über die das künftige politische Verhältnis zwischen den Mittelmächten und der Ukraine betreffenden Fragen. Hierdurch dürfte ein entscheidender Schritt nach vorwärts getan sein.

Für morgen ist eine Fortsetzung dieser Besprechungen anberaumt. Es sollen dann auch wirtschaftliche Fragen erörtert werden. Nach dem binnen kurzem zu erwartenden Abschluß des vertraulichen, vorbereitenden Gedankenaustausches wird in die Einzel-Verhandlungen eingetreten werden.

Debatte über die Räumungsfrage.

In den Verhandlungen am 15. fand in beiden Sitzungen die Frage der Räumung des besetzten Gebietes im Vordergrund. Der Anregung von russischer Seite, Vertreter der besetzten Gebiete an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen, stimmte Staatssekretär v. Kühlmann zu unter der Voraussetzung, daß die Staatwerdung dieser Gebiete auch von den Russen wenigstens vorläufig anerkannt werde, worauf Trotski nicht einging.

Die militärischen Sicherungen.

Nach Ansicht der russischen Delegation liege kein Grund vor, das Schicksal der besetzten Gebiete mit dem Verlauf des Krieges zu verknüpfen. Die Frage des Schicksals der besetzten Gebiete sei verknüpfen mit dem Friedensschluß an der Ostfront. Staatssekretär v. Kühlmann stellte demgegenüber fest, daß mit einem Zeitpunkt der Räumung, der nicht dem Abschluß des allgemeinen Friedens angepaßt ist, nicht gerechnet werden könne. Es sei unmöglich die militärischen Sicherungen vorzeitig zu schwächen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

In der fortgesetzten Verhandlung stellte Staatssekretär v. Kühlmann fest, daß eine Einigung über den Zeitpunkt der Räumung nicht erreicht worden sei. Bei den nun zur Diskussion stehenden allgemeinen politischen Voraussetzungen des Selbstbestimmungsrechts handele es sich darum, inwiefern die Freiheit der Abstammung bzw. der Wahl zur ausschlaggebenden Versammlung durch die Gegenwart der Truppen beeinträchtigt wird. Für die verbündeten Delegationen gibt es zwei Gesichtspunkte, innerhalb deren darüber diskutiert werden kann.

Eine gewisse Zahl bewaffneter und disziplinierter Streitkräfte ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung notwendig. Ein Teil sehr militärisch organisierter Kräfte ist notwendig, um den ökonomischen Betrieb des Landes in Gang zu halten. Es wird von unserer Seite in bindender Form die Forderung gegeben werden, daß diese organisierten Kräfte in dem Gebiete, um das es sich handelt, in keiner Weise sich politisch betätigen und keinen politischen Druck ausüben dürfen. Aus dieser Anschauung heraus vertreten wir unbedingt die These, daß die Gegenwart dieser Kräfte der Freiheit der Abstammung in keiner Weise abträglich sein kann und deshalb ihr Vorhandensein die Ausübung einer vollkommen freien Abstimmung keineswegs beeinträchtigt.

Herr Trotski verbarste gegenüber dieser klaren Formulierung bei seinem Standpunkt, daß erst eine Festlegung des Räumungsstermins erfolgen müsse. Im übrigen hielt er an engen Zusammenhänge mit dieser Frage die Rückkehr aller Flüchtlinge. Staatssekretär v. Kühlmann gab ohne weiteres zu, daß grundsätzlich Flüchtlinge berechtigt sein sollten, in ihre Heimat zurückzukommen. Es sei aber eine Aufgabe der Verwaltungsbehörden, festzustellen, ob und welche Ausnahmen von dieser allgemeinen Regel zu statuieren wären. Er bitte den Vortræder, ihm zur Erleichterung des Überblicks das der russischen Regierung hierüber vorliegende Material zugänglich zu machen, wozu sich Herr Trotski bereit erklärte.

Die bayerische Vertretung in Brest-Litowsk.

Der bevorstehenden Entsendung des königlich bayerischen Staatsministers a. D. Grafen v. Bodewitz nach Brest-Litowsk liegt, wie die Nordd. Allgemeine Zeitung, eine Vereinbarung zugrunde, die im Anschluß an die Berliner Übereinkunft vom 23. November 1870 zwischen Preußen und Bayern getroffen und von preussischer Seite am 14. Februar 1871 ratifiziert worden ist. Sie geht dahin, daß bei Friedensverträgen, die nach einem Bundesvertrage geschlossen werden, stets auch ein Bevollmächtigter Seiner Majestät des Königs von Bayern zugezogen werden soll, der sich an den Verhandlungen beteiligt und durch das Bundeskanzleramt — also durch den deutschen Reichskanzler — seine Instruktion erhält.

Der Krieg.

Deutsche Erfolge in Ostafrika.

Eine Niederlage der Portugiesen.

Eine halbamtliche portugiesische Note über die Lage in Portugiesisch-Ostafrika gibt bekannt, daß acht deutsche Kompanien das Gebiet von Matarika befestigt und sehr starke Stellungen mit Maschinengewehren angelegt haben.

Die portugiesischen Truppen, die bei Cufala eine Schlacht erlitten haben, befinden sich mit englisch-portugiesischen Abteilungen in Umanzo. Der Posten von Eurio wurde von den Deutschen angegriffen, die bei Umanzo lagern. Eingeborene deutsche Truppen haben in Maurice ein Lager errichtet und eine Brücke über den Urio geschlagen. Der Gouverneur von Zululane meldet, daß die Deutschen verschiedene Punkte dieser Provinz besetzt haben.

Die Meldung zeigt, daß der Feldenkampf in Ostafrika noch nicht abgeschlossen ist. Die wackeren Schar, die sich auf portugiesisches Gebiet durchgeschlagen hat, ist nicht nur nicht entmutigt in der Verteidigung, sondern entschlossen, den Gegner auch im Angriff zu schädigen.

Der Krieg zur See.

Der deutsche U-Bootkrieg.

Berlin, 17. Jan. (Amstsch.) Einser U-Boote hat kürzlich an der Westküste Englands 4 Dampfer, ein französisches Bewachungsfahrzeug, einen Segler und einen Fischdampfer versenkt. — Die Reihzahl der Schiffe wurde unter erheblicher feindlicher

Gegenwirkung in den für starke U-Bootsgefahr besonders geeigneten Gewässern der Irischen See und des Britischen Kanals durch geschickte Angriffe vernichtet. Hier fiel auch das französische Bewachungsfahrzeug dem U-Boot zum Opfer. Sämtliche Dampfer waren bewaffnet; unter ihnen konnten die englischen Dampfer „Elmsleaf“ und „Bostoncity“ namentlich festgestellt werden. Von den beiden anderen Dampfern hatte der eine Kohlen, der andere vom Aussehen und Größe des englischen Dampfers „Gremont Castle“ (5204 Ton.) Palmöl geladen. Der Fischdampfer führte die Bezeichnung „S. S. 696“.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Vom Tage.

Wiener Angriff auf den Fürsten Valov.

Wien, 17. Jan. Das Wiener halbamtliche „Brennendblatt“ berichtet in einem Artikel über die Vorgänge in Deutschland Berliner Gerüchte, nach denen der frühere Reichskanzler Fürst Bismarck lebhaft am Werke sei, dem Staatssekretär v. Kühlmann Schwierigkeiten zu bereiten in der Absicht, sich selbst an seine Stelle zu setzen. Das „Brennendblatt“ findet dabei wenig freundliche Worte für den Fürsten Valov. Er würde der österreichisch-ungarischen Monarchie kein genehmer Friedensunterhändler sein, sagt das Blatt. Vor dem Ausbruch des Krieges mit Italien habe er bei den Ausbeuten österreichischen Gebietes nicht die Eigenschaften eines treuen Sekundanten gezeigt.

Maßregelung des Redakteurs Kuttner.

Berlin, 17. Jan. Der Leiter des Bundes der Kriegsbefehlshabenden, Redakteur Erich Kuttner, hatte seine Bundesgenossen aufgefordert, das Kaiserkreuz abzulegen und zurückzugeben. Infolgedessen ist ihm vom Oberkommando in den Waffen jede weitere Tätigkeit für den Bund verboten worden. Diese Maßregel richtet sich in keiner Weise gegen den Bund, sondern hat einen rein persönlichen Charakter.

Drohende Ministerkrisen in Österreich.

Endavsek, 16. Jan. Vertreter dieses Blattes berichten aus Wien, die Lage des Kabinetts Seidler sei unsicher geworden. Die österreichischen Parteien halten zurzeit gemeinsame Beratungen unter Führung der Christlich-Sozialen ab. Es heißt, die Deutsch-Radikalen wollten das Ministerium nicht mehr unterstützen. Sie werfen ihr eine schwächliche Haltung gegen die Tschechen vor. Auch die Christlich-Sozialen seien unsicher, ob sie das Kabinett noch länger unterstützen sollen. Die deutsch-böhmischen Abgeordneten denken an eine öffentliche Kundgebung, in der sie gegen die staatsfeindlichen Umtriebe der Tschechen protestieren wollen.

Ministerpräsident Rudzinski über Polens Zukunft.

Wien, 16. Jan. Der polnische Ministerpräsident Rudzinski äußerte sich einem Pressevertreter gegenüber über die Ergebnisse der Reise des polnischen Regiments nach Berlin und Wien. In beiden Städten habe man den Organisationsentwurf einer polnischen Armee vorgelegt. Wohlwollende Prüfung sei zugesichert worden. Eine teilweise Vertreibung der Polen sei unangehen, doch wüßte man eine ähnliche Vertreibung wie die der Ukraine. Graf Czernin und Graf Hertling hätten übereinstimmend erklärt, daß die polnische Nation selbst über ihre Zukunft entscheiden solle. Es sei eine schmerzliche Tatsache, daß die Habsburger Monarchie und Dynastie sich der großen Sympathien der Polen erfreute. Es werde sich eine entsprechende Form für diese Sympathien und die gemeinsamen Interessen finden. Die Vereinigung Galiziens und Konarob-Polen sei ein inniger Wunsch der ganzen polnischen Nation.

Rußland.

Die Lage in Rußland wird mit jedem Tage ungewisser. Wenn auch die Maximalisten hier und da an Macht gewinnen, so wächst doch auch der Widerstand. Ein Zeichen dafür ist das Attentat, das auf Lenin verübt wurde. Als er eine Abteilung der sozialistischen Kisten Garde, die zur Front abging, begleitet hatte, um im Automobil zurückzufahren, wurden auf dieses vier Revolvergeschosse ohne Erfolg abgefeuert. Lenin blieb unverletzt. — Auf der anderen Seite führt die maximalistische Regierung das Regiment mit strenger Hand. So ließ sie den rumänischen Gesandten verhaften, weil er sich an Untrieden gegen die maximalistische Regierung beteiligte.

Erwartungen in Petersburg.

Stockholm, 16. Jan. Der gutunterrichtete schwedische Kreier uneheliche Petersburger Korrespondent des schwedischen „Dagsbladet“ erzählt zu den letzten Unterhandlungen in Brest-Litowsk, daß die Bolschewiki-Regierung auf die Forderungen der Zentralmächte eingehen wird. Der Abbruch der Verhandlungen wird in Maximalistenkreisen nicht befürchtet.

Rußland kann nicht weiterkämpfen.

Russische Grenze, 17. Jan. Die „Zwetsche“ weist darauf hin, daß Trotski erklärt habe, Rußland sei vollständig außerstande, den Krieg weiterzuführen.

Spannung zwischen Bolschewiki und den Alliierten.

Petersburg, (indirekt), 17. Jan. In der Nacht vom 16. auf den 17. Januar fand hier unter Vorsitz des amerikanischen Botschafters eine dringliche Botschaftskonferenz statt. Wie die Presse wissen will, haben die Beziehungen zwischen den Alliierten und der Bolschewiki-Regierung eine plötzliche Verschärfung erfahren.

Sibirien will Frieden.

Russ. Grenze, 17. Jan. Der in Petersburg eingetroffene Vertreter Sibiriens für die Konstituante, Wladimir Pliginskij, erklärte, daß die Bevölkerung Sibiriens mit den in Brest-Litowsk geführten Friedensverhandlungen vollkommen einverstanden ist.

Was der Solwet zu Brest-Litowsk sagt.

Russische Grenze, 16. Jan. Laut „Zwetsche“ beriet der Solwet über Brest-Litowsk und es kam die Ansicht zum Ausdruck, daß die russische Delegation weniger die rein-russischen Interessen wahrnehme, vielmehr die Verwirklichung von Partei-Interessen aufstrebe. (Das haben auch andere schon längst gemerkt.)

Vor dem Zusammentritt der Konstituante.

Petersburg, (indir.), 16. Jan. Hier sind 528 Abgeordnete für die Konstituante hier eingetroffen, darunter zahlreiche Radikale. Die Regierung trifft große militärische Vorbereitungen, weil sie ein bewaffnetes Vorgehen der Maximalisten gegenwart erwartet.

Aus Kaledins Hauptquartier.

Kopenhagen, 16. Jan. Aus Rußland wird berichtet, daß der frühere Generalissimus Alexejew und der ehemalige Kriegsminister Sawentow sich im Hauptquartier Kaledins aufhalten und sich mit der Organisation des domischen Heeres befassen. Kornilow soll Oberbefehlshaber werden.

Kerenski's Aufenthalt entdeckt?

Stockholm, 17. Jan. Laut „Nytisj“ soll es den Bolschewiki gelungen sein Kerenski in der Wohnung eines sozialrevolutionären Stadtrats aufzuspielen. Seine Verhaftung soll bevorstehen.

Neue Zusammenkunft der skandinavischen Könige.

Kristiana, 17. Jan. Einem Sonderbericht der Zeitung „Aftenposten“ zufolge, soll in nächster Zeit eine neue Zusammenkunft der Könige in Kristiana stattfinden.

Rumänien.

Wie die Blätter melden, wird der König Ferdinand von russischen Truppen bewacht. Sie bereiteten gewaltsam einen Versuch des Königs, sich der Kontrolle zu entziehen. Die russische Regierung erließ einen Aufruf zur allgemeinen Revolution im ganzen Land. Die in Rumänien weilenden rumänischen Behörden müssen am 31. Januar das Land verlassen. In diesem Tage müssen die Regierungsbüros in Bukarest geräumt sein. — Das ist das Ende der russisch-rumänischen Bundesgenossenschaft, um deren Willen König Ferdinand wortbrüchig war.

Rumänisches Hauptmunitionsdépot vernichtet.

Stockholm, 16. Jan. Die maximalistischen Truppen führen einen regelrechten Feldzug gegen die rumänischen Kriegsvorräte: In Jassy ist das Zentralmunitionsdépot der rumänischen Armee in die Luft geblasen worden, wobei Material im Werte von 34 Millionen Lei (Frank) zugrunde ging.

König Ferdinand wackelt auf dem Thron.

Kopenhagen, 16. Jan. Der rumänische Sozialistenführer Motowil ist in Petersburg eingetroffen. Man wird eine Erhebung gegen König Ferdinand und die bürgerliche Regierung in die Wege leiten.

Revision des Londoner Abkommens?

Stockholm, 17. Jan. „Dien“ bringt aus Petersburg die Meldung, daß dort die Nachricht eingetroffen sei, die nächste Pariser Konferenz der Entente-Mächte werde auch über die Revision des Londoner Abkommens von 1915 beraten.

Englische Arbeiter für Friedensverhandlungen.

Bern, 17. Jan. „Manchester Guardian“ gibt folgendes Telegramm der Unabhängigen Arbeiterpartei an Trossi weiter: Nachdem Lloyd George und Wilson ebenso wie die Vertreter der Zentralmächte Sure Formel: „Keine Annexionen, keine Entschädigungen“ angenommen haben und wir glauben, daß die Anwendung dieses Grundsatzes im einzelnen lediglich in einer vollen Konferenz möglich ist, drängen wir unsere Regierung, unverzüglich an Verhandlungen für den allgemeinen Frieden teilzunehmen.

Ein neuer Generalstab in England.

Stockholm, 16. Jan. Nach einer Meldung aus London soll dort ein Generalstab für die Flotte eingesetzt werden.

Neue englische Offensive geplant?

Rotterdam, 16. Jan. In britischen Armeekreisen spricht man nicht vom Frieden, sondern von der „praktischen Aufzwingung der Ententebedingungen durch eine neue, gewaltige Offensive an der Westfront.“ Genaht wird diese Kampfkraft durch Legenden über schlechte Ernährung der deutschen Truppen u. dgl. m.

Italien will gegen Wilson protestieren.

Rietz, 16. Jan. Ein italienischer Minister hat sich mit der Antwort Italiens auf Wilsons Kriegserklärung, gegen dessen österreichisches Programm protestiert werden soll.

Verhaftung des englischen Gesandtschaftspersonals in Petersburg.

Ein amtliches englisches Telegramm aus Petersburg bestätigt, daß das Personal der dortigen Gesandtschaft verhaftet und in der Peter-Paul-Festung interniert wurde.

Italien gegen revidierte Kriegsziele.

Lugano, 17. Jan. Das italienische Ministerium hat nach verschiedenen Schwankungen den Standpunkt Italiens auf der Pariser Konferenz wie folgt festgelegt: Verzicht auf die Verwirklichung eines gemeinsamen, die Erklärungen Wilsons und Lloyd Georges ergänzenden Dokumentes und keine Revision der Kriegsziele.

Diamant freigelassen.

Stockholm, 17. Jan. Nach einem Telegramm der D. T. A. erfolgte die Verhaftung des rumänischen Gesandten Diamant wegen grausamer Unterdrückungsmaßnahmen der rumänischen Regierung gegenüber russischen Soldaten. Das ganze diplomatische Korps begab sich auf Anregung der französischen und englischen Botschaft zu Berlin, und die kommunisten bewilligten die Freilassung auf den Vorschlag des amerikanischen Botschafters hin, daß er in seinem Namen der rumänischen Regierung eine Erklärung gegen die Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber russischen Soldaten senden werde. Um drei Uhr früh wurde der Befehl erteilt, Diamant freizulassen.

Große Feuerungsmaschinen in Spanien.

Madrid, 16. Jan. Die durch die Feuerung der portugiesischen Antriebsmaschinen in den Provinzen immer größeren Umfang an. Die Lage ist beunruhigend. Telegramme aus Santander, Malaga, Valencia und Barcelona berichten über Bombenabwürfe von Frauen. In Barcelona wurden 30 Frauen verhaftet beim Einmarsch der Arbeitertruppe, die sie stürzten. In Malaga bombardierten 1000 Frauen die städtischen Gebäude mit Steinen.

Gestohlene deutsche Farbenrezepte.

V. Das englische Reiterbureau meldet mit großem Hallo, einer englischen Kommission sei es gelungen, aus der Schweiz 257 geheime deutsche Vorschriften zur Bereitung von Farben heimzubringen. Reuter deutet an, daß man nun hoffen dürfe, der Überlegenheit der deutschen Farbenindustrie Herr zu werden.

Die während des Krieges mit ziemlichem Aufwand herbeigeführte Begründung einer eigenen leistungsfähigen Farbenindustrie ist bekanntlich schlägig gescheitert. Nun hat man also einen offenen Diebstahl ins Werk gesetzt, britische Regierung und Interessenten in schönem Beizein, um mit den erbeuteten deutschen Rezepten endlich zu einem Resultat zu kommen. Aber auch diese Spitzbubenpolitik wird kaum zum Ziele gelangen. Die deutsche Überlegenheit in der Farbenherstellung hängt zum wenigsten von einigen bestimmten Rezepten ab; vielmehr ist es eine jahrelange und fortwährende Arbeit ein viel wesentlicherer Anreiz zum Erfolg gewesen. Und dafür können keinerlei englische Deutscheschneiderkünste Ersatz bieten.

Die italienischen Sozialisten wollen Frieden.

V. Die am Mittwoch abgehaltene Samstagsung der sozialistischen Italiens gestaltete sich zu einem leibhaftigen Friedenskundgebung. Die Partei erneuerte bei der Abgeordnetenkammer ihre zwei Forderungen auf sofortige Einberufung der Kammer und auf die Aufhebung von Friedensverhandlungen.

Italien hat nichts mehr zu versenden.

V. In höchst gereizter Weise fällt eine in der „Agenzia Stefani“ veröffentlichte halbamtliche Äußerung die französische Presse an, weil diese angebliche Erklärungen des italienischen Ministerpräsidenten Orlando verbreitete.

nach denen Italien noch große Menschenreserven habe. Das muß ein Jertum sein, sagt „Agenzia Stefani“. Im Gegenteil habe der Ministerpräsident ausführlich und lebhaft ausgedrückt, daß die Anstrengungen Italiens auch in Bezug auf die Einberufungen kaum übertrieben werden könnten. Ferner habe Orlando darauf hingewiesen, daß der Schaden, den die italienische Wirtschaft durch den Mangel an Arbeitskräften erlitten habe, nicht geringer als der irgendeines anderen Landes sei. Und endlich hat er sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß der Umfang der italienischen Opfer und Entbehrungen in den verbündeten und befreundeten Ländern nicht immer genügend anerkannt werde.

Wichtig, daß die italienische Darstellung die Ansichten Orlando richtig wiedergibt, als die französische. Aber was will man in Italien? Hat dieses nicht Menschen und sonstige Opfer mehr übrig für die englischen und französischen Bundesgenossen, wozu dann länger die Freundschaft?

Der Militarismus der Vereinigten Staaten.

V. Auf Verlangen des Kriegsdepartements brachte Chamberlain, der Vorsitzende des Militärausschusses des amerikanischen Senats, ein Gesetz ein auf militärische Registrierung aller männlichen Personen, die seit dem 5. Juni 1917 das 21. Lebensjahr erreicht hätten. Die Maßnahme ist dazu bestimmt, die Forderungen des Oberst-Marschalls General Crowder zur Ausführung zu bringen, jährlich 700 000 Mann in die Armee einzustellen. Militärischer kann man sich sicherlich nirgendwo in Europa gebärden, als in dem von Wilson verwalteten „Land der Freiheit“ jenseits des Atlantik.

Der preussische Etat im Abgeordnetenhaus.

(108. Sitzung.)

KK. Berlin, 16. Januar.

Finanzminister Hertel brachte den Staatshaushalt für 1918 ein und trat damit zum erstenmal seit seiner Ernennung vor das Parlament. Er bemerkte, die Wilsons schließe zu unseren Gunsten ab. Wir werden durchhalten. Während stehen wir da mit den unvergleichlichen Ruhmestaten unserer Seele und unserer Flotte. Der Friede sei auf dem Marsch und werde auf dem Marsch bleiben. Im großen und ganzen hat der Bau der preussischen Finanzen allen Kriegsstürmen getrotzt. Freilich werden neue Einnahmequellen erschlossen und bei den Ausgaben mit größter Sparlichkeit gewirtschaftet werden müssen. Neue Steuern im Reich und in Preußen sind notwendig. Der fehlende Gehalt der Eisenbahnverwaltung soll durch eine Erhöhung der Tarife ausgeglichen werden, die vorläufig nur als vorübergehende Kriegszuschläge gelten sollen.

Der Etat für 1918

Ist mit 6 1/2 Milliarden Mark in Einnahmen und Ausgaben um 1,4 Milliarden Mark höher als der laufende Etat. Diese enorme Erhöhung ist auf die allgemeine Steigerung der Ausgaben, aber auch auf eine eintausendfache Änderung zurückzuführen, die Beamtenzulagen sind eingearbeitet, auch der Betrag für den Staatskommissar für Volksernährung usw. Die Ausgabenvermehrung ist nicht schwelbend, sondern dauernde Schulden und ihre Tilgung war deshalb in den Etat aufzunehmen.

Die genaue Zahlen für den Abschluß des Staatshaushalts sind in Einnahme und Ausgabe 6 546 600 275 Mark. Die Einnahmen erhöhen sich gegen den Haushalt des laufenden Rechnungsjahres um 1 385 603 557 Mark.

Der gewaltige Etat zeigt, welches großes Interesse der Staat an dem Verständnis und der Zuverlässigkeit seiner Beamten hat. Wir brauchen tüchtige Beamte, die Vorbedingung dazu aber ist eine

Befoldungsreform.

Einfluss haben wir wenigstens für die durch den Krieg besonders schwer betroffenen Klassen etwas getan. (Beifall.) Neue Aufgaben sind in der Bevölkerungspolitik, der Wohnungsverhältnisse und der Schulungslage entstanden für eine Besserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiter. Die großen Verträge der Kriegszeit. Das Gesetz von 1917 über die Erhöhung der Steuerzuschläge sah vor, daß wenn der Krieg am 1. April 1918 noch dauerte, zum drittenmal die erhöhten Zuschläge

erhöhen werden sollen. Sollte auch der Krieg bis dahin zu Ende sein, so muß doch durch ein neues Gesetz, wenn nicht etwa die organische Neuregelung des ganzen Steuerwesens zwischen durchgeführt sein sollte, für die Weitererhebung dieser erhöhten Zuschläge Vorlage getroffen werden, die wir nicht entbehren können. Die Zukunft der Steuerergebnisse ist ungewiss. Ein wichtiges Moment ist die Steuermoral. Bei dem enormen Steuerdruck kann jeder verlangen, daß in Stadt und Land gleichmäßig veranlagt wird. (Beifall links.) Die Frage hängt eng zusammen mit der Verwaltungsreform.

Unter allerbestmöglicher Beachtung ist, daß der Friede bald kommt. Wenn der Etat von 1918 ein echter und richtiger Friedensetat sein wird, wird er einen Markstein in der preussischen Finanzgeschichte bilden. Wenn die Gegner es aber anders wollen, wenn sie wollen, daß der Krieg auch noch weit in das Jahr 1918 hineindauert, so sollen sie wissen, daß wir aus dem Gesetz sind. In Preußen wird es so bleiben, wie es immer gewesen ist: das Land wird sein eine Stütze des regsten Wirtschaftslebens. Unter Zuhilfenahme der alten soliden Finanzgebahrung werden wir über alle Schwierigkeiten der Zukunft hindertommen. (Beifall.)

Über die Vereinfachung der Verwaltung

verhandelt darauf das Haus weiter in zweiter Lesung. Abg. Rüger (natl.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Die Instanzen sollen vermindert und Beamte ersetzt werden, die sich auch auf die Vereinfachung des Gemeindefinanzwesens beziehen.

Abg. v. Hodelberg (natl.): Die Vorschläge des Ministers sind im Ausschusse sehr sorgfältig geprüft worden. Man hatte auch Bedenken, weil man in vielen von ihnen eine ansehnliche Minderung des Reichsfinanzen erblickte. Leider ist zu unserem Bedauern eine Bestimmung verschwunden, die den Reichsfinanz bei polizeilichen Verfügungen wesentlich vereinfacht hätte.

Von den weiteren Rednern wurde der Zweck der Vorlage gebilligt, nur dürfte der Reichsfinanz des Publikums nicht darunter leiden. Die Vorlage wurde dann in allen drei Lesungen angenommen.

Die fortgesetzte Ausdrücke über das Frauenwahlrecht wurde beendet. Angenommen wurden die Ausdrücke, nach denen Frauen in städtische Deputationen für soziale Fürsorge und Wohlfahrtspflege gewählt werden können, ebenso der Zentrumsantrag zur Wahl von Frauen in Schulkommissionen. Alle anderen Anträge wurden abgelehnt. Nächste Sitzung Sonnabend 19. Januar.

Aus dem Hauptausschuß des Reichstages.

Berlin, 16. Januar.

Im Hauptausschuß des Reichstages kam heute die Zwangs-Kontribution in Hoch-Rothungen zur Verhandlung. Die Verhandlungen wurden vertraulich geführt. Es ist eine Entscheidung von den Abg. Trübner, Erberger, Krings, Reiffen-berg usw. vom Zentrum vorgelegt worden, die verlangt, der Reichsanwalt möge beschließen, daß Maßnahmen zur Einrichtung einer Aufsicht des Reiches über die Naturdämme (Kohlen, Erze usw.) im Interesse der Allgemeinheit gegen die Konkursanten getroffen werden.

Bechlüsse des Bundesrats.

Berlin, 17. Jan. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurden eine Vorlage über die Abänderung des § 74 der Kohlensteuer-Ausführungsbestimmungen, Bekanntmachungen über Veräußerung von Kaufverträgen im Ausland usw., über das Verbot der Veräußerung von Aktien oder sonstigen Geschäftsanteilen von Kolonialunternehmen ins Ausland, über den Verkehr mit Treibstoffen und Änderung der Verordnung über die Einfuhr von ökonomischen und tierischen Dien und Fellen sowie Sellen angenommen.

Aus dem Hauptausschuß des Reichstages.

Berlin, 17. Jan. Der Hauptausschuß des Reichstages behandelte heute ausführlich die Lage und die Rechtsverhältnisse der polnischen Arbeiter in Deutschland. Neben der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie bekämpften die Arbeitsbeschäftigten und die Arbeiter der den Arbeitern vertriebenen Naturalabnahme zu den Marktpreisen. Das Kriegsamt erklärte, daß alles, was möglich sei, zur Besserung geschehe, indem könnten die fremden Arbeiter in der deutschen Kriegswirtschaft nicht entbehrt werden. Dann wandte sich die Botschaft Senatsfragen zu. Lebhaftige Klagen wurden dabei von dem fortschrittlichen Abg. Gotthein erhoben.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 18. Januar 1918.

Aus dem Kreisblatt.

Bei der Kreisfiskalkasse Dillenburg ist noch Notgeld in 50 Pfg.-Scheinen zu haben. Das Metallgeld ist vergriffen.

Da anzunehmen ist, daß der Kleingeldmangel in nächster Zeit nicht abnehmen sondern mehr und mehr zunehmen wird, dürfte es sich empfehlen, daß die industriellen Werke, die Geschäfte sowie die öffentlichen Kassen des Kreises die Gelegenheit wahrnehmen und sich mit 50 Pfg.-Scheinen versehen.

Der königliche Landrat.

* Eine Pferdemonstration ist für den Dillkreis angeordnet. Dieselbe findet am 24. Januar in Dillenburg, am 25. Januar in Haiger, am 26. Januar in Herborn und Driedorf statt. — Die Vorführung der Pferde in Herborn erfolgt am 26. Jan., vormittags 8 1/2 Uhr aus den Gemeinden: Andorf, Wallersbach, Viden, Burg, Eifenroth, Erdbach, Fleisbach, Herborn, Herbornseelbach, Hirschberg, Hörbach, Nedenbach, Nockenbach, Oberndorf, Offenbach, Schöndach, Sinn, Tringenstein, Udersdorf, Ueberndorf und Wallenfels. Die Vorführung in Driedorf erfolgt ebenfalls am 26. Jan., nachmittags 2 Uhr aus den übrigen Orten des ehemaligen Amtes Herborn.

* Im preussischen Eisenbahnetat sind u. a. 200 000 Mk. für die Erweiterung des Bahnhofes Dillenburg vorgesehen.

* Bezüglich eines zu erwartenden Preisrückganges von Stoffen, Web- und Wirkwaren usw. durch einen Friedensschluß mit Russland ist eine Auslassung von Wichtigkeit, die „Der Konfessionär“ in seiner Nummer vom 10. Jan. d. J. bringt. Ein Großkaufmann von Berlin schreibt: „Wie steht es nun mit dem im Laufe dieses Jahres zu erwartenden Neueingängen? Auf einmal soll Russland der Milieibringer werden. Gedankenlos fassende versprechen sich von der Öffnung unserer Ostgrenzen die sofortige Abstellung jeder Gewebeknappheit. Weiß man denn, daß das große russische Reich, dessen wichtigsten Textilbezirk — Polen — wir schon seit 2 1/2 Jahren fest in der Hand haben, noch viel mehr als Deutschland unter Stoffmangel leidet? Daß für den Arschin (67 Centim) Damentuch schon vor einem Jahr in Petersburg 100 Rubel bezahlt wurden? Russland verfügt über einen guten Ertrag in Flach und Hanf. Für Bekleidungsstoffe kommt nur ersterer in Frage, aber auch dort wird im besten Falle kein Ueberschuß an Stoffen, sondern nur ein beschränktes Quantum Rohmaterial verfügbar sein. Bis zu welchem Termin dieses dann bei uns als fertiges Gewebe in Erscheinung treten kann, bleibt eine offene Frage, die zweite, ob nicht der dringende Bedarf an Leibwäsche die gesamte mögliche Flachseinfuhr absorbiert. Viel wird auch von russischen Vorräten in seidenen Geweben gefabelt. Gesehen hat sie sicher niemand, statistisch erfährt noch weniger, wo sie herkommen sollten, ist kaum zu verstehen. Handel und Fabrikation dürften durch die alleinige Zufuhrmöglichkeit über die sibirische Bahn beschränkt gewesen sein, der Verbrauch bei dem ebenso wie in Deutschland unter den verschiedenen Kreisen weit übertriebenen Luxus die normalen Ziffern überschritten haben. In Baumwolle und Wolle haben wir von Russland auf überhaupt keine, aus dem neutralen Ausland nur auf geringe Zufuhren zu rechnen. Selbst im günstigsten Fall eines baldigen Friedens wird noch geraume Zeit vergehen, bevor reichliche Zufuhren in Rohmaterialien herbeikommen. Daß solche sich schon im Jahre 1918 in Stoffe umsetzen, erscheint so gut wie ausgeschlossen.“

Frankfurt a. M. Die Frankfurter Pferdemarkte wurden für dieses Jahr wie folgt festgesetzt: 6. Februar, 6. März, 10. April, 1. Mai, 5. Juni, 3. Juli, 7. August, 4. September und 16. Oktober. Der Marktplatz befindet sich gegenüber dem Hofbahnhof.

Ohligs. Das Feuer brachte es an den Tag, nämlich das zurückgehaltene Gold. In der Wohnung einer pensionierten Lehrerin an der Schwanenstraße entzündete nachts Feuer. Der Brand griff verärgert schnell um sich, daß die alte Dame nur mit knapper Not gerettet werden konnte. Unter den Trümmern des Hauses, das vollständig ausbrannte, fand die Feuerwehr eine größere Summe Geldes, darunter 2600 Mark in Zwanzigmarkstücken. Das andere Geld bestand aus Papierscheinen, die zum Teil schon angefangen waren.

Donabrad, 17. Jan. Ein Eisenbahnunglück ereignete sich gestern früh auf der Strecke

Bremen—Dsnabrück, in der Nähe der Station Bohnite. Im Schneesturm fuhr der von Hamburg kommende Kölner D-Zug auf einen auf der Strecke haltenden Urtauberzug auf. Von den Insassen des Urtauberzuges wurden 33 getötet, 13 schwer und 30 leicht verletzt. Schuld an dem Unglück hat der Lokomotivführer des D-Zuges der das Haltesignal überfahren hat. Der Zugverkehr war nur einige Stunden gesperrt.

Bingen. Durch plötzliches Hochwasser der Nahe hat sich bei Dietersheim ein Dammbruch ereignet. Der Ort selbst ist zum größten Teil unter Wasser gesetzt. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Welche Höhe der Materialschaden erreicht, läßt sich noch nicht annähernd übersehen. Die Feuerwehren der umliegenden Orte sowie die Militärfeuerwehr Bingen leisten Hilfe.

St. Goarshausen. Nach 25jähriger Wirksamkeit, in der er sich auf den mannigfachen Gebieten große Verdienste um den Kreis erworben hat, tritt Landrat Geheimrat Regierungsrat Berg in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Geheimrat Regierungsrat im Ministerium des Innern Wolf.

Höxter. „Rasse Käse-Perlen“, das ist das Neueste. Nach den letzten starken Schneefällen trat Tauwetter ein, wodurch die Straßen umwegsamer wurden. Die im allgemeinen schlecht bestielten Kinder belamen deshalb „Käsefischchen“.

Arnsberg. Eine Mutter hatte am verflochtenen Sonntag ihr neun Monate altes Kind ins Bettchen gelegt, um dem Gottesdienste in der Kirche beiwohnen zu können. Leider hatte sie die Wiege dem Ofen zu nahe gebracht, auf dem eine Kanne mit heißem Kaffee stand. Das Kind hatte diese zu erreichen gewußt und sich dabei schwer verbrannt. Am folgenden Tage erlag das arme Geschöpf seinen qualvollen Leiden.

Halber (Kreis Altena.) Großfeuer entstand in dem Geschäftshaus des Kaufmanns Karl Herdoye. In dem Haus befand sich das Mehl- und Getreidelager der Gemeinde Halber; angebaut waren die Getreideertragsanlagen der Gemeinde und eine Getreidemühle. Auf Lager befanden sich über sechs Doppelladungen Getreide und Mehl. Das ganze Gebäude mit Maschinen sowie dem Mehl und Getreide wurde ein Raub der Flammen.

Köln. Auf die Proklamierung des Königsreichs Polen hin hatte der in Köln wohnende erwerbslose Paul Henner weitverbreitete Pläne ausgearbeitet. Er ist das uneheliche Kind des Grafen Stanislaus Tschizkows, dessen Großvater 1831 seine großen Güter durch die russischen Annexionen verloren hatte. Henner fälschte ein Schreiben der deutschen Botschaft in Wien und des österreichischen Justizministeriums über gute Aussichten der Wiedererlangung der 20 000 Hektar umfassenden Güter derer von Tschizkows. Ein Berliner Agent war bereit durch Vermittlung eines Bonner Banquiers 50 000 Mark a fonds perdu zu beschaffen, aber im letzten Moment beschloß man in Wien anzufragen und kam hinter den Schwindel. Die Strafkammer in Köln erkannte wegen Urkundenfälschung auf 9 Monate Gefängnis.

Verwegene Heldentaten unserer Radfahrer in Italien.

Die Radfahrer-Kompagnie des Reserve-Jäger-Bataillons Nr. 8 erhielt während des Vormarsches in Italien am 6. November den Auftrag, etwa zehn Kilometer südlich von der Division ein Tal zu sperren, durch das sich der Gegner der Einkesselung zu entziehen suchte.

Ueber die Kämpfe, die sich an die Erfüllung dieses Auftrages schlossen, entwirft ein Teilnehmer folgende äußerst spannende Schilderung: „Bei Morgengrauen brachen wir Radfahrer aus unseren Quartieren auf, und wieder mal mußten wir an vielen Stellen, infolge der unvollkommenen Wege, die Räder tragen. So wurde es reichlich 10 Uhr vormittags, bis wir unsere Vorposten erreichten.“

Mit vorgeschobener Marschierung fuhren wir auf dem jetzt guten Wege durch das enge und felsige Chiarotal. Leise gleiten die Räder dahin, jeder ist gespannt, was der nächste Augenblick bringt. Alle paar Minuten wird abgelesen, denn die Spitze muß erst mit scharfem Jägerauge das Vorgelände prüfen. Da begegnen uns drei Italiener. An einer Straßenbiegung sahen sie sich plötzlich unserer vordringenden Patrouille gegenüber, die ihnen kurz entschlossen die Gewehre vor die Brust hielt, so daß sie gefangen waren, ehe ihnen die Situation überhaupt klar wurde. Das war schon ein gutes Omen.

Weiter geht es vorwärts und bald muß unsere Spitze das breitere Medunatal erreicht haben, dem wir nach Norden folgen sollen. Da ertönen auch schon einige Gewehrschüsse. Wieder ist unsere Spitze auf einige Italiener gestoßen, geistesgegenwärtig hat sie das Gewehr aber schneller an der Wade gehabt als der Gegner und einige Schüsse haben ihn erledigt.

Die beiden Patrouillen lassen vermuten, daß der böse Feind nicht mehr weit ist. Vorsichtig will unsere Spitze aus dem Chiarotal in das Medunatal einbiegen, da steht sie auf dem Höhenplateau, über das unsere Straße uns führen soll, Kopf an Kopf erscheinen, und bald bedeutet uns Gewehr- und Maschinengewehrfeuer, daß wir auf der Straße nicht weiter vor können. Aber wir haben neben uns einen bedeutend höheren Berg als das vom Italiener besetzte Plateau, und glücklicherweise scheint er dünn genug gewesen, diesen Berg freizulassen. Also schleunigst zwei Gruppen hinauf auf die fette Felswand.

Mit angestrengtem Klettern und Kimmzügen er-

reichen die braven Jäger die Bergspitze und sehen zu ihrer Freude etwa zwei Kompagnien Italiener vor sich auf dem Präsentierteller liegen. Bistier — 700. — Schützenfeuer! — Die Schüsse sitzen gut, der Feind dagegen schießt schlecht. Auf die Dauer wird ihm der Aufenthalt in seiner Stellung schon verleidet werden. Bald können wir auch mit Genugtuung feststellen, daß sich kleinere Abteilungen mit Verwundeten auf Tramonti di Sotto zurückziehen. Als nun auch der Capitano, und zwar zu Pferde, seinen Rückzug antreten will, und ein wohlgezielter Schuß auf sein Pferd ihn zwingt, per pedes weiter zu laufen, da verliert auch der Rest der Besatzung den Kopf, und die Stellung leert sich bis auf einige, denen unsere guten Jägerbüchsen das Weitergehen für immer verboten hatten.

Nun so schnell wie möglich mit Kompagnie und Rädern auf das vom Feind geräumte Plateau, um von dort unseren Zielpunkt, Tramonti di Sotto, in Augenschein zu nehmen. Oben angelangt, hatten wir den verlockenden Anblick von Italienerkolonnen mit vielen Tragetiern, die dem Orte Tramonti di Sotto zuflüchteten. Es schienen an Zahl sehr viele und wir waren im ganzen nur circa 60 Mann stark. Trotzdem durften wir uns diesen Gang nicht entgehen lassen. Zur Sicherheit war festgestellt, daß eine von Süden anmarschierende österreichische Division in etwa 2 Stunden da sein mußte. Da sollten wir doch schon vorher unsere Aufgabe allein erledigen. Die Straße ging bergab; mit Freilauf hinunterfahren, vor dem Orte auseinander und von drei Seiten so überraschend darauf losgehen, daß der Feind gar nicht übersehen kann, mit welcher „Kiesennacht“ er es zu tun hat. So war unser Plan, und Leutnant Geisel mit drei Gruppen übernahm die schneidige Ausführung.

In wenigen Minuten waren die Gruppen unten und erwarteten durch Gewehrfeuer von allen Seiten einen Eindruck, der seine Wirkung nicht verfehlte. Zuerst erschienen kleine Trupps Italiener, mit erhobenen Händen ein komisch-lägliches Bild bietend. Unmählich aber wurde es eine Kolonne von bedächtigender Größe, die sich aus dem Orte herauswühlte. Leutnant Geisel war inzwischen mit den Hauptdraufgängern schon auf dem Marktplatz erschienen und fuhr auf circa 20 Offiziere, die in ihrer Ueberaschung recht erheitert wirkten, los und brüllte sie an, sie sollten sich ergeben. In Unkenntnis über unsere Stärke gaben sie sich gefangen. Am jenseitigen Dorfrande angelangt und durch zwei weitere Gruppen verstärkt, hatten die Jäger binnen kurzem einen feindlichen Gegenstoß zu bestehen. Damit kam der kritischste Moment, und wenn ihn die Riesenzahl der Gefangenen, die uns in ihrer Masse auch ohne Waffen todrücken konnte, ausgenutzt hätte, so wären wir verloren gewesen. Glücklicherweise wirkte aber das Streichfeuer des Gegenangriffs nur beschleunigend auf den Abtransport der Kolonnen. In Angst um ihr Leben ließen die Gefangenen eiligst in der angewiesenen Richtung.

Schneidig griff die Kompagnie Italiener den von uns besetzten Dorfrand an. Offiziere voraus mit dem Rufe „Avanti!“ Aber unsere Jäger schossen ruhiger und sicherer und das Abschießen der Führer legte den Angriff lahm. Nach blutigen Verlusten ergaben sich auch diese Gegner. Zwei weitere Gegenstöße erfuhren das gleiche Schicksal.

Einige Abteilungen versuchten, uns durch Schwenken mit weißen Tüchern und gleichzeitiges Schließen in eine Falle zu locken. Nachdem sie hierfür aus unseren Gewehren die richtige Antwort erhalten hatten, gaben auch sie den Widerstand auf.

Nun hatten wir den Ort fest in unserer Hand, über 3000 Gefangene, 22 Maschinengewehre, 2 Nebelverleerungen, einige hundert Tragtiere und nicht zu übersehende Beute waren unser.

Nach 2 Stunden rückten die Deserteure ein und übernahmen die Sicherungen. Nun konnten die Jäger sich aus den reichlich erbeuteten Vorräten ein wohlverdientes Befessen leisten und sich in Ruhe des schönen Erfolges freuen, zumal frisches und schneidiges Traugewehr eigene Verluste erspart hatte.

Diesen Tag war uns ein Weidmannsheil beschieden, wie wir es uns auch für die Zukunft wünschen möchten.“

Letzte Nachrichten.

Der deutsche Generalstabsbericht.

Großes Hauptquartier, (Wolff-Büro. Amtlich.) 18. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem größten Teil der Front war die Gefechtsintensität gering. Lebhafter in der Gegend südwestlich von Cambrai.

Bei kleineren Unternehmungen nördlich und nordöstlich von Prosnés wurden Gefangene eingebracht.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der mazedonischen und italienischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Fudendorff.

Die Politik der sächsischen Zentrumsleute.

Dresden, 18. Jan. (All.) Die Dresdener Ortsgruppe des Zentrumsvereins für das Königreich Sachsen nahm einstimmig eine Entschließung an, in der die Zentrumsfraktion im Reichstag ersucht wird, sie möge mit dem Kanzler für die Sicherheit und das Gedeihen des Vaterlandes durch einen guten

Frieden im engsten Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung eintreten.

Zum Caillaux-Prozeß.

Genf, 18. Jan. (All.) Wie der „Yvonne“ berichtet, wurde Caillaux's Panzerkassette in Florenz bereits am 6. Januar von der italienischen Polizei formlos geöffnet und die darin enthaltenen Gegenstände beschlagnahmt. Briand soll als Zeuge Caillaux-Prozeß vernommen werden.

Das Selbstbestimmungsrecht der Armenier.

Rotterdam, 18. Jan. (All.) „Daily News“ melden aus Petersburg: Die Staatskommissäre teils der russischen Delegation in Vrest-Ottow mit, teils in Rußland hinsichtlich Türkisch-Armeniens in den in Rußland besetzten Gebieten das Selbstbestimmungsrecht der Armenier anerkannt habe. Rußland werde seine Truppen aus den besetzten Gebieten zurücknehmen. Eine armenische Miliz werde gebildet werden, um Leben und Eigentum zu schützen.

Die Forderungen der italienischen Sozialisten.

Lugano, 18. Jan. (All.) Das „Giornale d'Italia“ teilt als Ergebnis der gestrigen Haupttagung der parlamentarischen Sozialisten mit: Sie erneuerten der Kammer ihre zwei Forderungen auf sofortige Einberufung der Kammer und auf die Aufkündigung von Friedensverhandlungen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto W.

Anzeigen.

Karbid!

Wie festgestellt worden ist, werden von Kleinhändlern, mit der Verteilung von Karbid in Mengen unter 10 Kilogramm beauftragt, den Verbrauchern Preise abgenommen, welche erheblich wesentlich überhöht sind. Bei dem heutigen Karbidpreis für Karbid von 86,50 Mk für 100 Kilogramm Kleinhandler berechnigt, einschl. Unkosten und Deduktion des Verdienstes des Verbrauchers für 1 Kilogramm Karbid 1,70 Mk. ohne Verpackung in einer Kiste und 1,70 Mk. einer Kiste dürfte zu berechnen.

Dillenburg, den 14. Januar 1918

Der Abnigl. Landrat

Wird hiermit veröffentlicht.

Herborn, den 18. Januar 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl

Sterbekassenverein Herborn.

Sonntag, den 27. d. Mts., nachmittags 4 Uhr findet im Lokale des Herrn Louis Zehr die

Mitglieder-Versammlung statt.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Bericht des Kassierers und Rechnungsprüfers.
3. Abänderung der Satzungen § 83.
4. Vereinskassengelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand

Futterschneidmaschinen (Scheibenrad) 32 cm Schnittbreite

Patent-Rübenmühlen (Brocklor)

in Kürze lieferbar.

Herborner Pumpenfabrik.

Einf. Hausmädchen/Kleisch-Ränder. Aufbewahrungsschränke

basd gesucht. Heilanstalt Waldhof Elgershausen Post Rahnfurt.

Zum baldigen Eintritt ein zuverlässiges Mädchen

ge sucht. Frau Alex Heilbronn, Mehgerel, Plettenberg t. W.

Am 15. Februar beginnt ein neuer

Nach- und Zuschneidekurs.

Anmeldungen werden entgegen genommen von Johanna Georg, akadem. ausgebild. Schneiderin Herborn, Bürgerlandstr. 18.

zum baldigen Eintritt ein zuverlässiges Mädchen

ge sucht. Frau Alex Heilbronn, Mehgerel, Plettenberg t. W.

Am 15. Februar beginnt ein neuer

Nach- und Zuschneidekurs.

Anmeldungen werden entgegen genommen von Johanna Georg, akadem. ausgebild. Schneiderin Herborn, Bürgerlandstr. 18.

Größere Wiese

zu pachten gesucht. Späterer Kauf nicht ausgeschlossen. Offerten unter Z. 74 an die Geschäftsstelle des Bl.

Tausch und Tausungen Hr. W. Contrabl.

Herbornseebach 10 Uhr: Hr. W. Weber.